

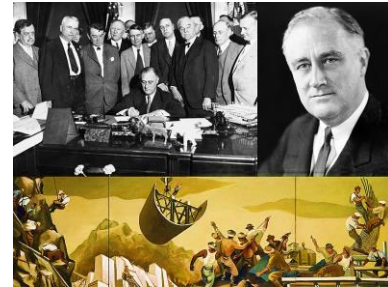
Besinnen

Glokale Entflechtungen

90 Jahre

In fünf Wochen stieg die Arbeitslosenzahl auf 26 Mio., bis zu 16%. Dies gab es nur in der Großen Depression, die am 24. Oktober 1929 mit der Börsenkrise begann, zur Lawine mit 25% Arbeitslosen 1932 führte und erst 1941 auslief. Es gibt Streit, ob Präsident Roosevelts Rentenversicherung im New Deal half, aber viele sind froh über dies System. Auch Präsident Trump sandte Hilfe, die in der Korona-Krise Risiken bringt mit einem ersten Quartal-Rückgang um 4,8%.

Wiki Foto Franklin D. Roosevelts New Deal



Doch ist dies nicht nur eine medizinische oder ökonomische Sache, sondern auch, ob und wie Nachrichten Bürger erreichen. Wegen einer feindlichen Medienkultur erörtert Trump zur Korona täglich seinen Kurs und ließ Experten reden. Wie Journalisten sind, zeigte die Medienfrage, ob er wegen der Totenzahl wie im Vietnamkrieg eine Wiederwahl verdiene.

Als verantwortliche er Virus oder Zögern. Er legte den Öffnungs- und Testplan vor und bestärkte Justizminister Barr gegen Überzogenes: die Krise hebe nicht das Grundgesetz auf. Nun enthüllten neue Texte zu Trump-Berater Flynn, welche Fallen ihm der FBI stellte. So scheint sich die These seiner, mithin Trumps völlig illegalen Überwachung zu bestätigen.

Eben stieg Trumps Twitter um fünf auf 79 Mio., mit den Nebenstellen über 100 Mio. So umgeht er mediale Verzerrungen, und stolpert ab und an selbst einmal. Hingegen preisen deutsche Medien jüngst Angela Merkel als einen Kontrastfall. Jemand behauptete gar, sie sei alternativlos. Wohl hätte sie mehr von kritischer Distanz, um ihren Kurs zu verbessern.

105 und 75 Jahre

Präsident Trump gedachte am 24. April des Meds Yeghern, wie er schreibt, also des Armenischen Genozids, ohne „Völkermord“ zu benutzen. Er erinnerte an den Mord von 1,5 Mio. Armeniern. In jenem Jahr sei der Armenische und Syrische Hilfsfond etabliert worden, der damals viel Unterstützung leistete. Mithin blieb Trump auf Linie. Er sollte dies „anpassen“.

Woran? Hierzu erging am 12. Dezember die Senats-Resolution #150 zum Armenischen Genozid, die diesen an etwa anderthalb Mio. Armeniern im Osmanenreich 1915 bis 1923 benennt sowie auch weitere Opfergruppen wie Griechen, Assyrer, Chaldäer, Aramäer und Maroniten. Wie in der Haus-Resolution zuvor, fehlte der „versuchte Genozid“ an Palästinas Juden 1915 bis 1917. Die US-Politik wäre es, des Armenischen Genozids zu gedenken.

In Israel erinnerte der Abgeordnete Yair Lapid daran, in den Vorjahren sein Gesetz zur Anerkennung des Armenischen Genozids vorgelegt zu haben, eine moralische Verantwortung des jüdischen Staats. Jenen „Dreißigjährigen Genozid 1894-1924“ erhellte das neue Buch sowie der Podcast der beiden israelischen Historiker Benny Morris und Dror Ze'evi.

Das Weiße Haus hielt Holocaust-Gedenken vom 19. April bis 26. April ab, 27. Yom Ha-Shoah. Doch auch das Gedenken der Befreiung von Todeslagern vor 75 Jahren konnte wegen der Korona-Krise nicht voll geschehen. In Deutschland erhielt die Shoah-Überlebende Esther Bejarano mit ihrer Petition „8. Mai als Feiertag der Befreiung“ 56.500 Signaturen.

Freilich sind neue Formen des **Erinnerns** nötig. Aller Beauftragten für Antisemitismus zum Trotz, warnen viele. Präsident **Steinmeier** meinte am 29. Januar, dass Gedenken nicht zum Ritual erstarre, zur Formelhaftigkeit neige oder das Unbegreifliche der Shoah nur zu beschwören. Und Deutsche, deren Eltern und Großeltern woanders herkamen, mögen nicht sagen: "Ihr habt Eure Geschichte, wir haben unsere." Lehren daraus müssen zum Selbstverständnis aller Deutschen gehören, Verantwortung im Hier und Heute – für Juden und Israel.

Doch Feindlichkeit steigt, mehr wollen auswandern. „**Deutsch**“ müsse anders als nur ethnisch **definiert** werden, so Richard C. Schneider: die **Realität** sei längst eine andere. Sicher muss sich der Migrationskurs ändern. Grenzen spielen ihre Rolle wie Nationen und die kulturelle Komposition der Immigration. Wie lange wird noch starr die Demografie verändert?

Staatsräson

Angela Merkel hält nicht die WHO, ihren Chef oder dessen China-Lastigkeit für **Fehler** der Corona-Krise verantwortlich, sondern mobilisiert für sie mehr Gelder. Nichts zu sagen, als Co-Host der Mai-Tagung Finanzlücken für Impfstoffe von €8 Md. zu decken. Jedoch hegt sie allzu blindes Vertrauen in Bürokratien. Gern gibt sie nationale Souveränität an die EU und UN. Wieso sind in Berlin viele Politiker aus Ministerial- und Parteistrukturen? Immerhin verbot Minister Seehofer die **Hizballah**, **folgte** also der deutschen Staatsräson und AfD.

Twitter Horst Seehofer

Zu selten sind Einsteiger aus der **Privatwirtschaft**. Dies Wahlsystem stellt seit der Weimarer Republik Parteien, kaum Individuen vornan: viel Grauräume zum Rangeln um Positionen, Parteien und Pensionen unter Distanzierung der Wähler. Und EU-Außendienst: leiten ihn „Euranier“, oft Iran freundliche, Israel feindliche Offizielle? Politiker auf Kommission, Wiederwahllimits, kürzere Amtszeit und demokratische Erneuerungen mit bunten Karrieremustern. Selten hatten sie private Verantwortung für Firmen, Mitarbeiter und Krisen bewiesen. Leichter vergeben sie die Gelder der Bürger.



Entflechtung

Zudem enthüllte Corona, wohin globale Warenketten in Über-Abhängigkeit von **Linksdiktaturen** wie China führen. Auf welcher Täuschung sie beruhen, erfuhren auch **Ostdeutsche**. Das bessere System ist fällig: kurze Lieferwege, mehr aus der Heimat und von Nachbarn. Stimmt Qualität, zahlen Kunden mehr. Eine Berliner Chance, Sicherheitsfelder der Medizin- und Info-Technologien umzuordnen. Dies bremsen **Globalisten**, die ungeachtet Covid-19 noch mit Ländern zusammenwachsen und **2020** als Jahr der Biodiversität sehen wollen.

BR Bild

Bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte

Im Einzelnen:

- Erstmals branchenweit verbindliche Mindestlöhne nach Tätigkeit und Qualifikation
- Die Mindestlöhne steigen bis **1. April 2022** bundesweit
 - ↳ auf **12,55 Euro** für Hilfskräfte ohne Ausbildung
 - ↳ auf **13,20 Euro** für qualifizierte Hilfskräfte
 - ↳ auf **15,40 Euro** für Pflegefachkräfte
- Bezahler Mehrurlaub von 5 Tagen in diesem Jahr und 6 Tagen ab 2021

Fehlprioritäten

Berlin hat ab 1. Juli die EU-Präsidentschaft, wozu Angela Merkel das „Zusammenwachsen Europas“ in der Pandemie zentriert. Sie will den Konjunkturplan, wo Deutschland im europäischen Haushalt sehr viel mehr einzahlt, eine Finanztransaktionssteuer, Mindeststeuern und Emissionshandel zu Schiffen oder Flugzeugen. Keine Steuersenkung, jedoch Klimaschutz und Green Deal. Keinerlei Entflechtung ferner Warenketten, nur Maskenproduktion nicht von „außerhalb der EU“. Ist dies bei Geldmangel, 52% Steuern und Renten ab 67 (bald 69) realistisch? Höhere Mindestlöhne und Urlaub in der Alten- und ambulanten Krankenpflege sind überfällig. Aber 2022? Dies ginge sofort. Das wirkt gegen Defizite an Pflegekräften.

Wolfgang G. Schwanitz